

## Perfider Sonderfall

Zu: „Flughafen Hahn insolvent“, FR-Wirtschaft vom 20. Oktober

Der Niedergang vom Hahn reiht sich ein in die Fehlleistungen von Landesfürst Beck. Wer denkt noch an den gescheiterten ZDF-Medienpark und als Krönung die Spielwiese Nürburgring? Viel Steuern perfiden Sonderfall stellt der Hahn dar. FRA (Flughafen Frankfurt, Anm. d. Red.) hat sich seinerzeit eingekauft, um die Landesregierung Rheinland-Pfalz bei den Planungen der NW-Landebahn geschmeidig zu halten. So erklärt es sich, dass die Landesregierung trotz der Nachteile und Belastungen der Linksrheinler den Ausbau befürwortete. Als dann die Bahn formal im Sack war, hat FRA den Bettel hingeschmissen. Die Investition hat sich trotz Verlust beim Verkauf der Anteile für einen symbolischen Euro mehr als gelohnt. Ob der Einstieg der Chinesen auf den Flugbetrieb oder auf subventionierten billigen Landerverwerb gerichtet war, lässt Raum für Spekulationen. Jetzt wird wohl wieder ein Bauernopfer ausgeguckt. Ex-Minister Deubel lässt grüßen.

Hartmut Willibald Rencker, Mainz



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**

069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20211025](http://frblog.de/lf-20211025)

## Alles spricht für 2G

Erwiderung auf „Der Mensch hat das Recht, sich zu ruinieren“, Forum v. 16.10.

Liebe Impfgegner und Freiheits-„Beraubte“, die Freiheit des Einzelnen hört da auf, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird, oder es zu Lasten anderer geht.

Es geht doch nicht darum, jemanden der Freiheitsrechte zu berauben oder ihn irgendwie einzuschränken. Sondern es geht um die Freiheit – sprich Gesundheit – der anderen bzw. der Allgemeinheit. Wer nicht geimpft ist – der Vergleich mit dem Autofahren ist ok, aber die Definition ist falsch. Es geht nicht darum, betrunken oder nüchtern Auto zu fahren, sondern ob man einen Fahrt-Berechtigungsausweis, sprich Führerschein hat. Nicht geimpft Veranstaltungen zu besuchen, ist wie fahren ohne Führerschein.

Circa 80 bis 90 Prozent der Corona-Erkrankten sind Nicht-geimpfte. Braucht es noch mehr Beweise bzw. Argumente? Minimale Nebenwirkungen sind doch kein Gegenargument zu schwererer Corona Erkrankung und dem Risiko, möglicherweise diese Krankheit weiterzuverbreiten.

Es muss keine Impfpflicht sein, aber wer sich nicht impfen lassen will, muss eben entsprechende Tests vorweisen und diese selbstverständlich selbst bezahlen! Das Rauchverbot war damals auch hoch umstritten, aber dann doch eine segensreiche Entscheidung. Raucher zahlen ihre Zigaretten auch selber, oder? Also – alles spricht ganz klar für 2G. Ulrich Altman, Friedrichsdorf

Diskussion: [frblog.de/3g](http://frblog.de/3g)

### FR ERLEBEN

**Thomas Kaspar** diskutiert zur Frage „Smart Cities: Wo stehen wir heute?“. Mit Iris Belle (Hochschule für Technologie Stuttgart), José David da Torre Suárez (Geschäftsführer Digitalstadt Darmstadt), Thomas Jühe (Bürgermeister Raunheim). Einführungsvortrag von Stefan Slembrouk (Experte für Ethische Smart Cities). Anmeldung: [hs-rm.de/dialog-im-museum](http://hs-rm.de/dialog-im-museum)  
**Dienstag, 26. Oktober, 19 Uhr**  
**Ausstellungshalle 1a, Schulstr. 1, Frankfurt**

**Lutz „Bronski“ Büge** liest aus seinen Romanen „Evan“ und „McWeir“, den Bänden vier und fünf seines fünfteiligen Romanzyklus „Virenkrieg“. Die Lesung steht unter dem Motto „Fiktive Aspekte des militärisch-industriellen Komplexes“. Anschließend Diskussion, Die Veranstaltung von Pro Lesen e.V. findet nach den 3G-Regeln statt. Schriftliche Anmeldung erforderlich: [prolesen@bruecke-unter-dem-main.de](mailto:prolesen@bruecke-unter-dem-main.de). Info unter [yobersinn.de/news](http://yobersinn.de/news).  
**Donnerstag, 28. Oktober, 19 Uhr**  
**Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt**

## Puffer für Haushalte mit wenig Einkommen

Steigende Energiepreise: „Verhärtete Fronten“, FR-Politik vom 22. Oktober

**Für das Klima sind das eigentlich gute Nachrichten**

Die Corona-Hilfen haben die Einkommensausfälle von Personen abgemildert, die durch die Lockdowns und andere Restriktionen gehindert waren und teilweise noch gehindert sind, zum Brutto sozialprodukt beizutragen. Dass die Aufrechterhaltung von Nachfragekapazität bei Reduktion des Angebots zu Preisanstiegen führen würde, war zu erwarten.

Die Klimakatastrophe ist bekanntlich die Folge klimaverzerrender Formen der Energieproduktion aus fossilen Energieträgern. Daher ist der Preisanstieg für fossile Energieträger zunächst einmal eine gute Nachricht. Problem dabei: Da Haushalte mit hohem Einkommen größere Teile ihres Einkommens für die Arbeit anderer ausgeben können und auch noch Geld zurücklegen können, treffen steigende Energiekosten Haushalte mit niedrigen Einkommen tendenziell stärker als Haushalte mit höheren Einkommen.

Dieses Missverhältnis muss von der Politik abgepuffert werden, aber bitte nicht durch Sub-

ventionen für klimaschädliche Energieerzeugung und klimaschädlichen Energieverbrauch.

Ulrich Lamm, Bremen

**Man sollte jetzt das Autofahren reduzieren**

In dem Schauspiel „Jedermann“ erhält ein reicher und geiziger Mann Besuch vom Tod und wird schließlich von ihm aus dem üppigen Leben geholt. Heute ist die Klimaerwärmung die tödliche Bedrohung. Wird der Sprit teurer, sollte daher jeder erst einmal das Autofahren einschränken. Es sind aber auch reiche Jedermann am Werk, die die Knappheit von Rohstoffen und Energie ausnutzen, um die Preise zu erhöhen und uns zu schröpfen. Das kann uns vor dem Winter Angst machen. Es besteht sogar der Verdacht, dass diese Kreise die Knappheit herbeigeführt haben, um die neuen Regierungsparteien davor zu warnen, ihnen zu nahe zu treten. Ihre Übermacht gab ihnen die neoliberale Heiligung des Marktes und die große Privatisierung, bei der man selbst vor den Unternehmen der Daseinsfürsorge keinen Halt machte.

Hans Oette, Neuenstadt

**Wir benötigen weiterhin konventionelle Kraftwerke**

Wie wollen die träumenden Grünen diese Probleme lösen? Bisher ist den Energie-Experten bei den Grünen anscheinend nicht bewusst, dass zur Stabilisierung des Stromnetzes konventionelle Kraftwerke erforderlich sind,

Wind und Sonnenstrahlung wird in Windturbinen und Solarzellen über Leistungshalbleiter in Strom gewandelt. Schwankungen in Wind und Sonne werden sofort ins Netz übertragen, verändern die Netzfrequenz und destabilisieren dadurch das Netz. Die träge Masse der Turbinen und Generatoren konventioneller Kraftwerke kompensiert Frequenzschwankungen und stabilisiert das Stromnetz. Für eine stabile Energieversorgung sind daher konventionelle Kraftwerke erforderlich.

Was schlagen die Grünen vor? Kohle, Kernkraft, Gas – alle werden laut den Grünen stillgelegt. Die Versorgungssicherheit können Wind- und Solaranlagen allein also gar nicht leisten. Kann die SPD oder FDP das Problem lösen?

Gisbert Bastek, Weil am Rhein

## Informationen schaffen Bewusstsein

In eigener Sache: „Freiheit nicht antasten“ und „Bericht in der FR-verhindert“, FR-Titel und -Politik vom 19. Oktober

**Vielen Dank für Euer Engagement!**

Liebes Redaktionsteam, Ihr habt alles richtig gemacht, die Leserbriefe von heute (21.10.) entsprechen voll meiner Stimmung und Meinung! Frankfurter Rundschau, mein Abo seit etwa 50 Jahren? Ich bleibe Euch treu, Euer Engagement in Sachen Investigativrecherche ist sensationell! Herzlichen Dank!

Uschi Sachs, Rödermark

**Fragwürdige Kumpanei zwischen Verlegern**

Auch ich möchte meine uneingeschränkte Solidarität mit der Redaktion der FR zum Ausdruck bringen. Der Mut und die aufrechte Haltung der Redakteurinnen und Redakteure der Rundschau, die ich seit 1968 lese, sind vorbildlich. Es ist nicht selbstverständlich, dass im Journalismus und gerade im lokalen Journalismus die innere Pressefreiheit so hochgehalten wird wie bei der FR: Ich möchte Dirk Ippen daran erinnern, dass der große Publizist Paul Sethe schon im Jahre 1965 im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schrieb, „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“. Sethe schrieb dies aus eigener Erfahrung, als er nämlich als damaliger Mitheerausgeber der FAZ das Blatt verlassen musste, weil er Kritik an der Westpolitik Konrad Adenauers übte. Ähnlich ging es Jahre später dem FAZ-Herausgeber Jürgen Tern, als dieser in der gleichen Funktion Willy Brandts Friedens- und Entspannungspo-

litik in seinen Kommentaren positiv würdigte.

Die Zahl derjenigen, die sich aufgrund ihres Kapitals erlauben können, ihre Meinung zu verbreiten, ist inzwischen mit Sicherheit sehr viel geringer. Doch leider sind die Abhängigkeiten heute so stark, dass es zur Konfrontation zwischen der in Artikel 5 des Grundgesetzes verbrieften Meinungs- und Pressefreiheit und dem in Artikel 14 GG verbrieften Recht auf Eigentum kommt. Weil die Meinungsfreiheit konstitutiv für eine Demokratie ist, ist es höchste Zeit dafür, dass – etwa durch ein Presserechtsrahmengesetz – endlich die Kompetenzen des Verlegers von denen der Redaktion abgegrenzt werden. Ein Thema, dem sich eine eventuelle Ampelkoalition widmen sollte.

Es kann und darf nicht sein, dass Journalistinnen und Journalisten des Ippen-Investigativteams gehindert wurden, über die ungeheuerlichen Praktiken des Julian Reichelt zu berichten, übrigens rechtlich abgesichert. Die Presse ist frei. Es darf im Journalismus keine fragwürdige Kumpanei zwischen Verlegern geben. Manfred Kirsch, Neuwied

**Ippen steht mit seiner Haltung nicht alleine da**

Ein Bravo für das Protestschreiben der Redaktion der FR, ein Blatt des Mehrheitseigentümers Ippen von vielen anderen regionalen und überregionalen Zeitungen. Das fünftgrößte Presseimperium Deutschlands inzwischen. Die FR hat zum Konflikt zwischen investigativer und

publizistischer Arbeit einerseits und unternehmerischer Intervention andererseits nicht geschwiegen. Kleinere Zeitungen sehr wohl.

Inzwischen gehört Ippen zu den 500 reichsten Deutschen, hat durch Zukäufe lokaler Zeitungen und überregionaler Medien, durch Zusammenlegungen, gemeinsamen politischen Mantel und personellen Abbau v.a. hauptberuflicher Redakteure nicht nur enorme Gewinne erzielen können, sondern auch in unserer Region, dem Rhein-Main-Gebiet eine monopolartige Stellung eingenommen. Selbst sehr konservativ und den Unternehmensverbänden wohlgefällig (siehe seine „Worte zum Sonntag“ in einigen Blättern) reichen ihm, wie es scheint, seine Kolumnen nicht aus, er hat nun auch in der Durchsetzung seiner politischen Haltung zum Veröffentlichungsverbot gegriffen und Mitbestimmungsrechte der Redaktion beschädigt. So viel zur Unabhängigkeit des Journalismus. Eine völlige Trennung der verlegerischen und redaktionellen Interessen wäre überfällig. Denn Herr Ippen steht mit seiner Haltung nicht alleine da. Die Mehrzahl der Presseazaren wird sich so verhalten.

Informationen schaffen Bewusstsein, auch die vorenthaltenen. Transparenz und öffentliche Kontrolle wären Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung. Im Modell der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten finden sich Spuren davon. Jörg Sternberg, Hanau

Diskussion: [frblog.de/ippen](http://frblog.de/ippen)